

In dieser Ausgabe

Verbraucherinformationsgesetz, S. 3

Daten und Fakten, S. 4

Berlin
intern**Informationsschrift des CDU-Bundestagsabgeordneten Erich G. Fritz
für den Wahlkreis Dortmund****„Sanieren – Reformieren – Investieren“**

Im Herbst ist Halbzeit. Nach zwei Jahren Großer Koalition wird eine Bilanz vorgelegt, die sich sehen lassen kann. Unsere Politik folgt dem Leitmotiv unseres Koalitionsvertrages: „Sanieren – Reformieren – Investieren“. Die letzten beiden Jahre haben gezeigt: Es macht einen Unterschied, wer in Deutschland regiert. Es ist gut, dass die Union regiert. Die letzten Entwicklungen vor der parlamentarischen Sommerpause verdeutlichen dies:

**Verbesserung der Rahmenbedingungen
des bürgerschaftlichen Engagements
und der Vereinstätigkeit**

Die Union hat sich in intensiven Verhandlungen erfolgreich für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen des bürgerschaftlichen Engagements und der Vereinstätigkeit eingesetzt.

Die wesentlichen Fortschritte für ehrenamtlich Tätige durch das Gesetz lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Vereinheitlichung und Anhebung der Höchstgrenzen für den Spendenabzug von bisher 5 Prozent (zur Förderung kirchlicher, religiöser und gemeinnütziger Zwecke) bzw. 10 Prozent (für mildtätige, wissenschaftliche und als besonders förderungswürdig anerkannte kulturelle Zwecke) des Gesamtbetrags der Einkünfte auf 20 Prozent für alle förderungswürdigen Zwecke sowie eine Verdopplung der Umsatzgrenze für den Spendenabzug.

Anhebung des so genannten Übungsleiterfreibetrags von 1.848 Euro bei unverändertem Anwendungsbereich auf 2.100 Euro.

Erleichterter Spendennachweis bis 200 Euro.

Einführung eines allgemeinen Freibetrags für alle in Vereinen ehrenamtlich tätigen Personen in Höhe von mindestens 420 Euro, maximal 500 Euro.

Gesetzliche Regelung, wonach der Sonderausgabenabzug für Mitgliedsbeiträge an Vereine zur Förderung kultureller Einrichtungen auch bei Gegenleistungen (z.B. Freikarte) möglich ist.

Anhebung des Höchstbetrags für die Ausstattung von Stiftungen mit Kapital von 307.000 Euro auf 1. Mio. Euro.

Senkung des Satzes, mit dem pauschal für unrichtige Zuwendungsbestätigungen und fehlerverwendete Zuwendungen zu haften ist, von 40 Prozent auf 30 Prozent der Zuwendungen.

Anhebung der Besteuerungsgrenze für wirtschaftliche Betätigungen gemeinnütziger Körperschaften sowie der Zweckbetriebsgrenze bei sportlichen Veranstaltungen von jeweils insgesamt 30.678 Euro Einnahmen im Jahr auf jeweils 35.000 Euro.

Die Rahmenbedingungen und Förderinstrumente des bürgerschaftlichen Engagements werden sich somit erheblich verbessern. Insgesamt stellen Bund und Länder Mittel in Höhe von rund 490 Mil. Euro zur Verfügung.

Kontakt

Erich G. Fritz MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227-73111
Fax (030) 227-76733
erich.fritz@bundestag.de
www.erich-fritz.de

Ergebnisse des G8-Gipfels als große Erfolge der Kanzlerin

Die weit über den Erwartungen liegenden Ergebnisse des G8-Gipfeltreffens, insbesondere der Durchbruch beim Klimaschutz und die Vereinbarungen zur Armutsbekämpfung sind in erster Linie ein Erfolg von Bundeskanzlerin Merkel. Sie hat von Beginn an klare Position bezogen und ihre Führungsstärke gezeigt.

Der Gipfelerfolg zeigt, dass der Aufwand für das Treffen gerechtfertigt ist. Kommunikation und Vertrauensbildung sind die Grundlage dafür, dass die G8-Staaten ihre globale Verantwortung wahrnehmen können. Das Zusammenwachsen der Gesellschaften bedarf einer gemeinsamen Gestaltung - Globalisierungsverweigerung ist keine Antwort.

Änderungen beim Ausländerrecht sind Erfolge für die Union

Mit dem Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union wird die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund gefördert.

Für einen vorübergehenden Zeitraum wird geduldeten Ausländern, die sich oft schon seit vielen Jahren in Deutschland aufhalten, sich rechtstreu verhalten haben und Deutschkenntnisse nachweisen ein Aufenthaltsrecht gewährt. Sie erhalten gleichrangigen Zugang zum Arbeitsmarkt, damit sie ohne Inanspruchnahme öffentlicher Sozialleistungen durch Erwerbstätigkeit ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

Für die Ausländer, die ihren Lebensunterhalt noch nicht durch Erwerbstätigkeit eigenständig sichern können, ist über eine Länderöffnungsklausel gewährleistet, dass sie keine höheren sozialen Leistungen als zuvor erhalten. Gut integrierte Kinder von geduldeten Ausländern werden unter erleichterten Voraussetzungen ein eigenständiges Aufenthaltsrecht erhalten.

Außerdem sollen Schein- und Zwangsehen erfolgreicher bekämpft werden. Nachziehende Ehepartner müssen künftig mindestens 18 Jahre sein und einfache deutsche Sprachkenntnisse nachweisen. Aus den misslungenen Kofferbombenattentaten werden ebenfalls Konsequenzen gezogen. Die Zusammenarbeit von Ausländer- und Sicherheitsbehörden bei der Visavergabe wird verbessert.

Gewebegesetz – Union setzt praxisgerechte Verbesserung durch

Die Union hat in den Beratungen zum Gewebegesetz substantielle Verbesserungen durchgesetzt, die sowohl fachlichen als auch ethischen Bedenken Rechnung tragen.

Wesentliche Punkte, für die sich die Union im parlamentarischen Beratungsverfahren eingesetzt hat, sind:

Der Vorrang der Organspende vor der Gewebeentnahme wurde ausdrücklich im Gesetz formuliert und durch eine Dokumentationspflicht abgesichert.

Für klassische Gewebetransplantate wie Herzklappen und Augenhornhäute wird es keine kostenintensive Überbürokratisierung geben.

Nicht industriell bearbeitete Gewebe unterliegen dem Handlungsverbot. Damit wird der befürchteten Kommerzialisierung dieser Gewebespenden ein Riegel vorgeschoben.

Wir haben klargestellt, dass weder menschliche Ei- und Samenzellen, noch menschliche Embryonen zum Arzneimittel werden.

Den begründeten Einwänden der Behindertenverbände gegen Knochenmarksentnahme bei nicht einwilligungsfähigen Erwachsenen sind wir nachgekommen.

Bürokratieabbau

Die mittelständische Wirtschaft wendet nach Schätzungen 4 bis 6 Prozent ihres Umsatzes allein für Bürokratie auf.

Dem haben wir im Juni mit dem verabschiedeten 2. Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse entgegengewirkt. So werden etwa Existenzgründer in den ersten drei Jahren von statistischen Meldepflichten befreit, statistische Erhebungen bei Kleinunternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten werden auf drei Stichproben pro Jahr beschränkt, das Auskunftsverfahren für Daten aus dem Gewerbeverzeichnis und die steuerliche Buchführungspflicht werden vereinfacht, und die Vorausbescheinigungen des Arbeitgebers für die Rentenversicherung wird durch eine Sondermeldung im Meldeverfahren der Sozialversicherung ersetzt.

Reform der Pflegeversicherung

Mit den Ergebnissen des Koalitionsausschusses vom 18. Juni 2007 wurde ein gutes Fundament zur Verbesserung der Pflegeleistungen gelegt, die insbesondere dem Einzelnen eine verbesserte Auswahl und damit eine stärker an den individuellen Bedürfnissen ausgerichtete Pflege ermöglichen wird.

Eine bessere Berücksichtigung von Demenzerkrankten, die Dynamisierung und die Defizitvermeidung mit einer Beitragssatzerhöhung (0,25 Prozent) konnten erreicht werden. Mit der gesetzlichen Entlastung der Arbeitnehmer über die Absenkung der Arbeitslosenversicherung von 0,3 Beitragssatzpunkten bleibt der Gesamtsozialversicherungsbeitrag unter 20 Prozent und stellt damit keine Belastung für den Wettbewerbsstandort deutscher Arbeitsplätze dar. Für Rentner können über geplante Rentenanhebungen Belastungen ebenfalls vermieden werden.

Auch die Einführung einer Pflegezeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihre Angehörigen pflegen, ist ein großer Schritt zur Stärkung der ambulanten Pflege. Es wird hiermit insbesondere bei Eintritt einer Pflegebedürftigkeit die Möglichkeit eröffnet, durch eine auf 6 Monate befristete Auszeit mit Rückkehrrecht in den Beruf, mit der neuen Situation besser zurecht zu kommen und die notwendigen Dinge zu organisieren.

Bessere Verbraucherinformationen

Verbraucher erhalten erstmals einen gesetzlich geregelten Anspruch auf Zugang zu Informationen für den Bereich des Lebens- und Futtermittelrechts. Darüber hinaus werden die Voraussetzungen, unter denen die Behörden die Öffentlichkeit über marktrelevante Vorkommnisse informieren können, erweitert.

Staatsanwaltschaften werden verpflichtet, die Überwachungsbehörden von der Einleitung eines Strafverfahrens bei Verstößen gegen das Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch oder das Weingesetz zu unterrichten.

Das Gesetz ist damit ein zentraler Baustein zur Vorbeugung und Eindämmung von Lebensmittelskandalen.

Erich G. Fritz im Plenum

13. Juni 2007: Zur Beratung des Antrags: Deutsche Unternehmen vor chinesischer Produktpiraterie und Diskriminierung schützen

Erich G. Fritz führte in seiner zu Protokoll gegebenen Rede u. a. aus, dass Markenpiraterie und Diebstahl von geistigem Eigentum inzwischen als weltweit boomendes Geschäft gilt und längst kein Kavaliersdelikt mehr ist.“ Die EU-Kommission beziffert den weltweit durch Produkt- und Markenpiraterie entstehenden Schaden auf 120 bis 370 Mrd. Euro. Laut dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) liegt der Schaden durch Ideenklau allein in Deutschland bei 25 Mrd. Euro im Jahr und es gehen ca. 70.000 Arbeitsplätze durch das Geschäft der Fälscher verloren. Vor diesem Hintergrund setzt sich Erich G. Fritz dafür ein, dass dem Schutz geistigen Eigentums in allen multilateralen und internationalen Handelsvereinbarungen weiterhin einen großen Stellenwert eingeräumt wird und geschädigte Unternehmen im Ernstfall von der Bundesregierung nicht allein gelassen werden.

21. Juni 2007: Debatte über Rüstungsexporte und Raketenstationierung

Erich G. Fritz widerlegte im Rahmen der Plenardebatte über Rüstungsexporte, dass die Bundesregierung bewusst zur Steigerung eines möglichen Rüstungsexports Hermes-Kreditbürgschaften einsetze. Fritz führte diesbezüglich aus, dass die Gesamtexporte 2004 733,5 Mrd. Euro umfassten. Durch Hermes-Bürgschaften waren davon 21,1 Mrd. Euro (2,9 Prozent) gedeckt. Der Anteil gedeckter Militärexporte an den Gesamtexporten betrug lediglich 0,0002 Prozent. Nach Fritz ist dies „eine Debatte, die keine reale Bedeutung hat“.

Erich G. Fritz als Podiumsgast auf dem Berliner Mittelstandsforum

Erich Fritz führt aus, dass der „deutsche Mittelstand ausgezeichnet dasteht“ und ist sich sicher, dass er auch zukünftig seine Chancen nutzen wird. Auf die mittelständischen Unternehmen entfallen 70,5 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze und 83,4 Prozent aller Ausbildungsplätze. NRW belegt den ersten Platz im Mittelstandsbarometer 2007. Fritz wertet dies als Erfolg der Landesregierung.

Daten und Fakten

Deutsche Wirtschaft steht vor lang anhaltendem Aufschwung

Die deutsche Wirtschaft wird in diesem Jahr stärker wachsen als bisher angenommen. Das Institut der deutschen Wirtschaft geht von einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 3,2 Prozent aus. Wesentlich verantwortlich für diese positive Entwicklung sind die gestiegenen Investitionen der Unternehmen sowie die Binnennachfrage. Ein Ende des Aufschwungs ist nicht in Sicht: Auch 2008 wird die deutsche Wirtschaft mit 2,7 Prozent deutlich weiter wachsen.

Beschäftigung nimmt weiter zu, Arbeitslosigkeit geht weiter zurück

Der Aufschwung bringt eine weitere Reduzierung der Arbeitslosigkeit mit sich. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Juni 2007 gegenüber dem Vorjahresmonat nochmals deutlich um 125.000 auf nun 3,687 Millionen gesunken. Gegenüber dem Vorjahr wurden 712.000 Arbeitslose weniger gezählt. Besonders erfreulich ist auch die weiterhin starke Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung um 599.000 gegenüber dem Vorjahr. Dabei entfällt deutlich mehr als die Hälfte des Anstiegs auf Vollzeitstellen.

Neben den guten Arbeitsmarktdaten gibt es gezielte Maßnahmen der Koalition für einen breiten Abbau der Arbeitslosigkeit.

In der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause wurden dazu im Bundestag zwei Gesetze verabschiedet, die die Qualifizierung und Beschäftigungschancen von langzeitarbeitslosen Jugendlichen verbessern und Langzeitarbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen fördern. Darüber hinaus haben wir ein Programm zur Förderung von zusätzlichen Arbeitsplätzen in Regionen mit besonders hoher und verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit auf den Weg gebracht.

Marktforscher prognostizieren boomende Nachfrage

Die Stimmung der Verbraucher in Deutschland hat sich im Juni weiter verbessert. Der Konsumklimaindikator des Meinungsforschungsinstituts GfK stieg von 5,7 auf 7,3 Punkte. Er erreichte damit den höchsten Wert seit Beginn der Erhebung im Jahr 1980.

Manager sind begeistert vom Standort Deutschland

Die wirtschaftlichen Standortbedingungen in Deutschland sind so gut wie niemals zuvor. In einer Umfrage des Handelsblatts unter ca. 800 Top-Managern beurteilen 90 Prozent von ihnen die Bedingungen in Deutschland positiv. Besonders zufrieden zeigten sich Großunternehmen mit mehr als 5000 Beschäftigten.

Verbunden mit dieser positiven Einschätzung ist der erklärte Wille, verstärkt in Deutschland zu investieren und die Beschäftigung weiter zu erhöhen. 55 Prozent der Befragten will in den kommenden Monaten neue Arbeitsplätze schaffen.

Doppelrekord beim Export

Exportweltmeister Deutschland erreichte 2006 zum dritten Mal in Folge einen Doppelrekord beim Außenhandel. Nie zuvor hat

Deutschland so viele Waren exportiert und solche einen hohen Überschuss erzielt wie im vergangenen Jahr. Dies teilte das Statistische Bundesamt am 20.06.2007 in Wiesbaden mit. Die deutschen Ausfuhren übertrafen die Einfuhren um 22,5 Prozent. Der Wert der ausgeführten Waren „made in Germany“ stieg um 13,7 Prozent auf 893,6 Milliarden Euro – das ist ein historischer Rekord und weltweit der Spitzenplatz. Auf Platz zwei beim Weltexport landeten die USA vor China.

Stimmung in der EU besser

Die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage durch die 490 Millionen EU-Bürger hat sich in den vergangenen sechs Monaten deutlich verbessert. Auch ist die Stimmung gegenüber der EU positiver geworden. Dies geht aus einer amtlichen EU-Umfrage (Eurobarometer) bei knapp 30.000 Menschen in den 27 Mitgliedsstaaten hervor (46 Prozent). Das positive Image der EU verbesserte sich um sechs Punkte auf 52 Prozent. 57 Prozent halten die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für „eine gute Sache“. 66 statt 63 Prozent der EU-Bürger sind der Umfrage zufolge für eine Verfassung. Die Zustimmung zur EU-Erweiterung nahm um drei Punkte auf 49 Prozent zu, wird aber in einer Reihe von Staaten – darunter Deutschland – mit nach wie vor großen Mehrheiten abgelehnt.

Mit den besten Grüßen für die bevorstehende Ferienzeit – Ihr Erich G. Fritz